

Die »Boten des Unglücks«

Flucht und Migration im planetarischen Zeitalter

Von **Achim Engelberg**

Migration konstituiert die *Conditio humana*, die Natur des Menschen, ebenso wie Geburt, Vermehrung, Krankheit und Tod, so der Migrationsforscher Klaus J. Bade, weshalb der renommierte Wissenschaftler den *Homo sapiens* als *Homo migrans* bezeichnet. Man geht nicht ohne Not, man geht aber auch nicht ohne Hoffnung. Anders bei der Flucht, dem dunklen Bruder der Migration. Dabei geht der Fliehende oft dahin, wohin Landsleute zuvor emigrierten. Juristisch zwar unterschieden, sind Flucht und Migration insofern biographisch meist verbunden wie siamesische Zwillinge. Eine klare Trennlinie ist nicht zu ziehen. Flüchtlingsgeschichten ähneln den Botenberichten des klassischen Dramas: In ihnen verdichten sich planetarische Konflikte, gestern wie heute. Bereits Bertolt Brecht, der vom sowjetischen Wladiwostok im Juni 1941 den Pazifik überquert hatte und im kalifornischen Santa Monica angekommen war, sah „auf dem letzten Boot“ eine neue „Landschaft des Exils“, so der Titel seines Ankunftsgedichts, in dem er sich und seinesgleichen als „Boten des Unglücks“ bezeichnete. Als solche zeigen Flüchtlinge die Fieberkurve einer Epoche an, die von je her durch historische Ereignisse und Unglücke gekennzeichnet ist.

Nun aber hat die Menschheit seit Jahrzehnten nicht mehr nur erhöhte Temperatur, sondern ein Fieberschub folgt auf den anderen – von pandemischer Armut über ausufernde Kriege bis hin zur Klimakatastrophe. All das hat massive Auswirkungen auf das globale Fluchtgeschehen, wie wir dieser Tage auch an den Küsten Europas wieder dramatisch erleben.

Als Brecht 1948 nicht heim, sondern in ein zerbombtes Deutschland in einem sich teilenden Europa zurückkehrte, irrten Menschen aus Arbeits- und Konzentrationslagern und Vertriebene aus den abgetrennten Ostgebieten umher. Viele von ihnen glaubten an eine baldige Rückkehr in ihr Heimatgebiete. Und überall keimte die Hoffnung, dass es bald eine Welt ohne Flucht und Vertreibung geben könnte. Als der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) vor gut siebzig Jahren, am 1. Januar 1951, seine Arbeit aufnahm, ging man davon aus, dass er die Tätigkeit des nach dem Ersten Weltkrieg vom Friedensnobelpreisträger und Polarforscher Fridt-

* Der Artikel basiert auf „An den Rändern Europas. Warum sich das Schicksal unseres Kontinents an seinen Außengrenzen entscheidet“, dem jüngsten Buch des Autors, das soeben bei DVA (Random House) erschienen ist.

hof Nansen gegründeten Flüchtlingskommissariats des Völkerbundes nur für kurze Zeit fortführen müsse. In drei Jahren, so die optimistische Annahme damals, würden die durch den Zweiten Weltkrieg Geflohenen, Vertriebenen und Verschleppten keine länderübergreifende Unterstützung mehr brauchen und das Problem der Flucht damit erledigt sein. Das aber erwies sich als gravierende Fehleinschätzung – Flucht und Vertreibung mutierten zum Dauerzustand.

Die Dissidenten aus den diktatorischen Staaten des Ostens, aber lange Zeit auch aus denen im Westen, man denke an Spanien und Portugal, akzentuieren das Zeitalter der Blockkonfrontation. Allerdings stieg die Anzahl der Fliehenden nur kurzzeitig jäh an, so etwa nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Ungarn 1956 oder der Tschechoslowakei 1968. Nach den Statistiken des UN-Flüchtlingshilfswerks gab es 1951, im ersten Jahr der Messung, 2,1 Millionen Flüchtlinge weltweit – und erst 1973 mehr als drei Millionen Flüchtlinge. Zuweilen wird dieses Jahr als Zäsur unserer Epoche gesehen. Damals brach die erste Ölkrise aus, das Ende der traditionellen Kolonialreiche war weitgehend abgeschlossen und führte nicht, wie von vielen erhofft, zu stabilen Nationalstaaten im globalen Süden. Zugleich endete 1973 mit dem Putsch am 11. September in Chile der bis heute letzte Versuch, einen demokratischen Sozialismus durchzusetzen und unter Pinochet begann das erste neoliberale Experiment an einer Bevölkerung. Und ebenfalls in diesem Jahr wurde das zweitürmige World Trade Center als architektonische Manifestation eines planetarisch ausgreifenden Kapitalismus in New York eröffnet, das dann islamistische Terroristen – so die tragische Ironie der Geschichte – ebenfalls an einem 11. September, nämlich 2001, zu Fall brachten.

In zentralen Industriestaaten kam die legale Migration zu einem Ende. Hatte die Bundesrepublik ab 1955 mit diversen Ländern gezielt Anwerbeabkommen für sogenannte Gastarbeiter geschlossen, verkündete die von Willy Brandt geführte sozialliberale Koalition im November 1973 einen Anwerbestopp. Da noch immer galt, was Max Frisch bereits 1965 klassisch pointiert hatte – „Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen“ – blieben viele, die mittlerweile Familien gegründet hatten, in Deutschland und kehrten nicht in ihre Herkunftsländer zurück, zumal diese von den Krisen der 70er Jahre oft weit härter getroffen waren als die Bundesrepublik. Dazu kam die Erkenntnis, dass das Wirtschaftssystem der Industriestaaten ohne Arbeitsmigranten schlicht nicht mehr auskam. Dadurch wurde der Boden für eine Entwicklung bereitet, die damals nur wenige Beobachter erkannten: Nach Militärputschen wie in der Türkei oder Kriegen wie im Libanon kamen Freunde und Angehörige der Arbeitsmigranten, die fliehen mussten, von den globalen Rändern in die Zentren des Westens. In Vierteln, in denen viele von ihnen lebten, gesellten sich Vertriebene aus anderen Kriegs- und Krisengebieten zu ihnen, die zuvor oft keinerlei Bezug zu ihren Ankunftsändern hatten.

Als starke und immer noch unterschätzte Zäsur kann klarer das Jahr 1979 gesehen werden: Die Revolution im Iran war die erste erfolgreiche der neueren Geschichte im Namen des Islam mit enormen Auswirkungen weit über die Region hinaus. Sowjetische Truppen intervenierten in Afghanistan und

leiteten damit ihr Vietnam ein. Seither kommt der Hindukusch nicht mehr zur Ruhe. Der antikommunistisch eingestellte Papst Johannes Paul II. reiste in sein Heimatland Polen und im sowjetischen Herrschaftsbereich setzte der rapide Machtverfall der Kommunistischen Parteien ein, der sich beispielhaft in der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność manifestierte. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher begann mit der Privatisierung staatlicher Unternehmen, dem Ausbau des Finanzsektors und der Entmachtung der dortigen Gewerkschaften – der Beginn dessen, was wir heute als die neoliberale Revolution im Westen bezeichnen.

Damals zeigten sich Umriss einer neuen, multipolaren Welt. Die Zentralperspektive der Bipolarität, der Teilung in erste, kapitalistische, und zweite, heute kommunistisch genannte Welt, ging verloren, die globalen Ränder gewannen an Bedeutung. Zugleich flohen Ende der 1970er Jahre tausende Vietnamesen, Kambodschaner und Laoten in hochseeuntüchtigen Booten vor Kriegen und Repressionen der Sieger auf dem asiatischen Kontinent. Treibende Leichen und traumatisierte Gerettete: Das Schicksal der sogenannten Boatpeople schockierte rund um den Globus. Spendenfinanzierte Hilfsorganisationen versuchten wie heute im Mittelmeer so viele Menschen zu retten, wie sie nur konnten. Speziell für die westliche Welt standen die Boatpeople für die erste große Konfrontation mit dem Phänomen einer Massenflucht nach 1945. Doch in der Epoche des Kalten Krieges wurde das Elend noch als Begleiterscheinung des heißen Stellvertreterkriegs in Vietnam wahrgenommen. Nur wenige wie der französische Philosoph Michel Foucault deuteten das Phänomen der Boatpeople bereits tiefer und sahen darin einen Vorboten der großen Wanderungsbewegung des 21. Jahrhunderts.

Tatsächlich stieg die Zahl der Flüchtlinge schon damals, Ende der 70er Jahre, auf als ungeheuer angesehene sieben Millionen an. Doch die weit größere Zäsur in Sachen Flucht und Migration sollte eine Dekade später erfolgen, mit dem Ende des sogenannten Ostblocks.

1989 und 2001: Die neue Weltordnung

Nach den gewaltigen Umbrüchen und Revolutionen zwischen 1989 und 1991, die die Sowjetunion verschwinden und ein geeintes Europa aufscheinen ließen, näherte sich die Zahl der Flüchtenden 1991 mit 19,1 Millionen erstmals weltweit der 20-Millionen-Marke. In den 1990er Jahren hielt sich diese Marke allerdings, mit geringen Schwankungen. So waren kurz vor dem 20. Juni 2001, dem ersten Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen, mindestens 19,9 Millionen Menschen auf der Flucht.

Das Jahr 2001 markiert aber eine weitere tiefe Zäsur: Mit dem Einsturz des World Trade Center am 11. September 2001 wurde auch die Hoffnung auf eine Welt ohne Flucht und Vertreibung begraben. Von da an geht die Flüchtlingskurve steil nach oben. Der Grund dafür liegt weniger in dem Ereignis selbst als vielmehr in den darauffolgenden Reaktionen, die eine dramatische Weltordnung hervorriefen.

Seit 1989/90 und dem Ende der alten bipolaren Ordnung ist die Zahl der Nationalstaaten auf bislang 193 UN-Mitglieder angewachsen. Zugleich aber – und massiv forciert durch die sogenannten Neuen Kriege im Gefolge des 11. September 2001 – trat das Phänomen der *failed states* auf, der gescheiterten, zerbrochenen Staaten. Dieser durchaus unscharfe Begriff bezeichnet Staaten, die nicht mehr in der Lage sind, ihre grundlegenden Aufgaben zu erfüllen. Vor allem die großen, völkerrechtswidrig geführten Kriege im Nahen Osten und in der arabischen Welt, von Irak bis Libyen und Syrien, haben zahlreiche *failed states* hervorgerufen und Millionen von Menschen in die Flucht getrieben. Gleichzeitig entstand durch Flucht- und Migrationsbewegungen das neue Phänomen von über sämtliche Kontinente verstreuten globalen Familien. Man denke bereits an das Zerbrechen der Vielvölkerstaaten des Ostens wie die Sowjetunion oder Jugoslawien und die dadurch entstandenen Länder: Oft flohen die Menschen zu Verwandten, die im Falle Jugoslawiens als Arbeitsmigranten im Ausland lebten; zudem nahmen Deutschland, Israel oder die USA Juden aus der zerfallenden Sowjetunion auf.

Dieser Prozess der Globalisierung von Familien hatte jedoch bereits früher eingesetzt. „Wir sind nicht revolutioniert, wir sind explodiert“, meint drastisch der nach zahlreichen Schikanen und Strafen – von Publikationsverbot bis Peitschenhieben – 1996 aus dem Iran nach Deutschland emigrierte Autor Abbas Maroufi: „Ein Arm landete in Europa, ein Bein in Indien, ein Zeh in England und der Kopf flog bis nach Amerika. Was im Ursprungsland derer blieb, die gegen ein verlogenes, diktatorisches Regime auf die Straße gegangen waren, ist der Bauch, der sich seitdem übergibt.“

Diese neuen globalen Familien entstehen heute auch deshalb, weil es ihnen die neuen Kommunikationsmittel – von mobiler Telefonie bis zum Skypen via Internet – viel stärker als in vergangenen Epochen erlauben, untereinander über tausende von Kilometern in Verbindung zu bleiben. Bekanntlich wurde die erste Webseite 1991 veröffentlicht – just in dem Jahr als die Jugoslawienkriege begannen und die Sowjetunion endete.

Kurzum: Die Welt des 21. Jahrhunderts ist in Bewegung geraten. Auf dieser Welt vervielfachte sich die Zahl der Flüchtlinge und Migranten, Saisonarbeiter und neuen Nomaden. Überdies gab es Veränderungen darin, wer in der offiziellen Flüchtlingsstatistik erfasst wird. So werden seit 2007 auch Personen gezählt, die in einer flüchtlingsähnlichen Situation leben. Darunter fallen beispielsweise auch Binnenvertriebene, die innerhalb ihres eigenen Landes auf der Flucht sind, oder Asylsuchende, deren Status als Geflüchtete noch überprüft wird, sowie staatenlose Personen.

Allein im vergangenen Jahrzehnt erfolgte so eine Verdoppelung der Flüchtlingszahlen – von 40 Millionen 2010 auf 80 Millionen in den im Juni 2020 bekanntgegebenen Zahlen für 2019. Und darüber hinaus gibt es einen immensen Graubereich: Wer kann heute sagen, wie viele Menschen bei der Flucht nach Europa – beim Durchqueren der Sahara oder im Mittelmeer – unbemerkt gestorben sind? Oder wie viele Geflüchtete ohne Papiere jenseits der Statistik in Europa oder den Vereinigten Staaten leben oder von dort aus längst weitergezogen sind?

Betrachtet man also das globale Fluchtgeschehen im Zeitraum von der Gründung des UNHCR 1951 bis heute, muss man von einem planetarischen Umbruch sprechen. Eine Steigerung von rund zwei Millionen auf inzwischen rund achtzig Millionen Menschen auf der Flucht bedeutet nämlich nicht nur eine neue Quantität, sondern auch eine ganz andere Qualität.

Wie aber kann auf unserer unwiderruflich verflochtenen und verwebten Welt eine neue planetarische Politik gestaltet werden, die diesem millionenfachen Leid und Elend wirksam Abhilfe schafft?

Was tun?

Schon während des Katastrophenzeitalters, wie der Jahrhunderthistoriker Eric Hobsbawm die Zeit vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis in die Nachkriegsjahre des Zweiten nannte, entstanden chronisch unterfinanzierte Organisationen der Flüchtlingshilfe, die zwar das Leid lindern, aber nicht die Fluchtursachen beheben konnten. Ja, individuelle „Lösungen“ gab es damals, gibt es heute und wird es immer geben. Doch keine große Fluchtbewegung endet, das lehrt die Geschichte, ohne dass ihre Ursachen beseitigt werden. Das aber ist eine zentrale Aufgabe unserer Gegenwart, die zwar immer wieder benannt, aber nie wirklich angegangen wurde.

Als der sozialdemokratische Altkanzler und Alterspräsident Willy Brandt, einst wie Brecht oder Thomas Mann von der Nazidiktatur vertrieben, den ersten gesamtdeutschen Bundestag am 20. Dezember 1990 eröffnete, sagte er: „Die Überlebensfragen der Menschheit lassen jedenfalls kein Land unberührt, und Deutschland würde Schuld auf sich laden, wollte es über seinen eigenen die globalen Sorgen Welthunger, Armutswanderungen, Umweltzerstörung vergessen. [Beifall im ganzen Hause] Darüber Bescheid zu wissen ist besser als das Gegenteil, aber sich zu entsprechendem Handeln durchzurufen, darauf kommt es an. Wohl wissend, dass die Aufgaben im eigenen Land nicht klein sind, dürfen wir doch in der Solidarität mit den Geplagten dieser Welt nicht versagen.“ Und als vier Jahre später, am 10. November 1994, der ebenfalls vertriebene und als Soldat der US-Armee zurückgekehrte Schriftsteller Stefan Heym den zweiten gesamtdeutschen Bundestag eröffnete, benannte er in seiner Rede ebenfalls unsere großen Konflikte, die nationalen wie die globalen: „Reden wir nicht nur von der Entschuldung der Ärmsten. Entschuldungen wir sie. Und nicht die Flüchtlinge, die zu uns drängen, sind unsere Feinde, sondern die, die sie in die Flucht treiben. [...] Die Menschheit kann nur in Solidarität überleben.“ Sieht man die Aufzeichnung heute, bald 30 Jahre später, erschrickt man darüber, wie dreist die absolute Mehrheit der Politiker, darunter der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl, mit ablehnender Haltung reagierte. Sie waren, kaum hatte die Lava des Geschehens zwischen 1989 und 1991 Form angenommen, in die gesellschaftliche Sackgasse einer einseitig ökonomischen, menschenfeindlichen Globalisierung eingebogen. Inzwischen hat eine extrem verflochtene ökonomische und mediale Revolution unseren Planeten gründlich verändert. Die sich verstär-

kenden Krisen und Proteste zeigen an, dass es so nicht weitergeht, dass die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen neu geordnet werden müssen. Bei aller Unbestimmtheit der Zukunft ist eines sicher: Da sich in der Vielfalt von planetarischer Flucht und Migration die Vielfalt der globalen Konflikte zeigt – von der Klimakatastrophe über die Stellvertreterkriege einer multipolaren Welt bis hin zur massiven globalen Ungleichheit –, befinden wir uns bei der Suche nach Lösungen auf einem langen und beschwerlichen Weg. Weiterhin gilt, abgesehen von wenigen Ausnahmen, die Regel: Nicht die Fliehenden schaffen die Probleme, sie zeigen sie bloß auf. Deshalb muss es eine Variationsbreite von Ansätzen geben: von der Aufnahme und Verteilung von Schutzsuchenden über eine Erweiterung der Möglichkeiten von Einwanderung und schnellen Bildungsangeboten für Ankommende bis hin zur drastischen Einschränkung von Waffenexporten, da jeder Krieg Flüchtlinge hervorruft, und vor allem zur Vermeidung weiterer Klimaerwärmung als der neuen großen Fluchtursache. Diese Ansätze sollten auf Nahziele ausgerichtet sein, die zunächst das große Leid mindern, aber vor allem auf das Fernziel eines neuen globalen Zusammenlebens. Fest steht: Die große Wanderung wird sich erst dann zur menschlichen Konstante der Migration verkleinern, wenn die Fluchtursachen beseitigt und eine neue, friedliche und nachhaltige Zivilisation errungen worden ist. Das ist eine, nein: *die* Jahrhundertaufgabe.

Vor diesem Hintergrund publizierte soeben, im April 2021, eine Gruppe von international angesehenen Wissenschaftlern, die sich mit Genozid beschäftigen, ein beachtliches Manifest. Diejenigen, die sich sonst vor allem mit Diktaturen beschäftigen, sehen in der von Menschen geschaffenen Klimakatastrophe eine im Herzen der liberalen Systeme eingebettete Gewalt („embeddet violence which is at that liberal order’s own heart“). Sie warnen vor Abschottungsprozessen, die letztlich dazu führen könnten, dass Polizei und Militär sogar auf Fliehende schießen. Dabei hat die Geschichte gezeigt, dass abgeschottete, eingemauerte Gesellschaften notorisch unflexibel und unfähig für einen neuen Aufbruch sind. Oft liest man, insbesondere seit der großen Flucht von 2015, von „Flüchtlingsströmen“ oder „Fluten“, zuweilen sogar von „Invasionen“. Dass sich derzeit ein Prozent der Menschheit auf der Flucht befindet – soviel wie nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr –, ist zweifellos eine gewaltige Anzahl. Doch dass dadurch die reichen Ländern überschwemmt werden könnten, ist gewollt übertrieben, um auf diese Weise drastische Restriktionen zu ermöglichen. In erster Linie sind und bleiben die Flüchtlinge die Boten mannigfachen Unglücks speziell im Süden, das zu neuen Massenwanderungen auch nach Europa führen könnte.

Momentan gibt es wieder verstärkte Anzeichen dafür: Sie reichen von der gestiegenen Zahl der im Mittelmeer Geretteten und Gestorbenen über den Hilferuf der italienischen Regierung sowie die üblichen – und üblich hilflosen – Appelle der EU-Innenkommissarin, die Angekommenen endlich transnational zu verteilen, bis hin zu neuen Deals der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) mit der libyschen Küstenwache.

Tatsächlich müssen inzwischen alle Regierungen in Europa diese Bewegungen in ihre politischen Überlegungen einbeziehen. Und obwohl die

große Wanderung noch immer mehrheitlich außerhalb Europas stattfindet, sind etliche Vordenker der Meinung, dass gerade der alte Kontinent als Erster Lösungswege einschlagen kann und – schon aus historischer Verantwortung aufgrund der eigenen Kolonialgeschichte – auch muss. Der französische Philosoph und Sozialwissenschaftler Bruno Latour, Autor des „terrestrischen Manifest“ für ein neues Zusammenleben von Mensch und Natur und ein Nachfolger Foucaults als öffentlicher Intellektueller, erläutert die Chance von Europa so: „Es ist klein genug, um sich nicht für die ganze Welt zu halten, und groß genug, um sich nicht auf ein Fleckchen Erde zu beschränken. Es ist reich, unglaublich reich, und seinen Reichtum verdankt es einem Boden, der nicht vollständig verwüstet wurde – zum Teil, wie bekannt, weil es den Boden der anderen besetzt und verwüstet hat.“

Es geht um eine Revolution unserer Lebensweise

Letztlich geht es Latour dabei in „Où atterrir?“ (Wo landen?) nicht primär um kurzfristige Hilfe für die Flüchtenden, sondern um eine Revolution unserer Lebensweise. Da sich Migration und das neue Klimaregime einer forcierten kapitalistischen Globalisierung zunehmend verbinden, ist das Beharren auf kleinen Notlösungen schlicht unmöglich. Umgekehrt gilt aber auch für die Klimabewegten: Nur wenn diese ihr berechtigtes Anliegen als mit den mannigfachen Krisen untrennbar verbunden betrachten, die sich in Flucht und Migration manifestieren, werden sie angemessen darauf reagieren können. So zwingen etwa die Heuschreckenplagen in Ostafrika und Südasien – die auf die Erwärmung des Indischen Ozean durch den Klimawandel zurückgeführt werden – bereits heute tausende von Menschen zur Flucht vor Armut und Hunger. Doch so dramatisch die Lage ist, so erwächst gerade daraus eine Hoffnung. Bekanntlich bewegt sich Geschichte nicht freiwillig, sondern nur unter bedrängenden Umständen – in Zeiten, in denen sich vielfältige Krisen verbinden und sich dadurch Kräfte bündeln, die diese Krisen gemeinsam zu überwinden in der Lage sind. Daher sollte bei der Suche nach Lösungen für die Jahrhundertaufgabe nicht in sich ausschließenden Gegensätzen von „Realos“ und „Fundis“, „Pragmatikern“ und „Utopisten“ gedacht werden. Vielmehr kommt es darauf an, zwischen den Nah- und Fernzielen Verbindungen und Resonanzen herzustellen. Oft erwiesen sich die Versuche, mit allem Alten Tabula rasa zu machen – zum Beispiel Konkurrenz und Märkte abzuschaffen, um dem Kapitalismus den Garaus zu machen – in der Vergangenheit nicht als radikal, sondern bestenfalls als naiv. Mehrheiten wird man wahrscheinlich nicht zustande bringen, wenn man alles anders machen will. Wer etwas Neues schaffen will, muss das bewährte Alte bewahren. Nur so wird man die Einsicht, dass ein neues Zusammenleben erfunden werden kann und muss, auch bei denen wecken, die sich ihr heute noch verschließen. Denn selbst wenn eine unheilvolle Zukunft keineswegs unwahrscheinlich ist, kann das Licht am Ende des Tunnels nicht nur den entgegenkommenden Zug ankündigen, sondern eben auch den Weg ins Offene.